

Bericht an die Stadtvertreterversammlung

Jahresbericht 2009 / 2010

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident !
Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin !
Verehrte Stadtvertreter !

Einleitung

Der Stadtpräsident unserer Stadt, Herr Stephan Nolte, sprach auf der Wahlversammlung des Behindertenbeirates (BBR) am 29.09. vergangenen Jahres davon, wie *komplex das Leben und die politischen Entscheidungen* für Menschen mit einer Behinderung seien.

Ja, das Leben in einer Gesellschaft hat ausgesprochen viel mit Politik zu tun. Aber das ausdrücklich für alle Menschen. Es gibt nicht den „**normalen**“ Menschen und den „**behinderten**“ Menschen. Es gibt Bürger und das ist auch in unserer Stadt so.

In der Behindertenrechtskonvention - auf die wir noch besonders zu sprechen kommen werden – wird insbesondere unterstrichen die Abkehr vom medizinischen Modell hin zum sozialen Modell.

Was heißt das ? Menschen werden nicht länger über Defizite definiert.

Vielfalt statt Einfalt !

Behinderte Menschen sind gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft.

Sie sind Trägerinnen und Träger von Menschenrechten !

Warum betonen wir das so besonders ? Weil es einfach noch zu viele Menschen in unserer Gesellschaft gibt, bei denen gerade diesbezüglich noch gravierende Defizite bestehen. Ähnlichkeiten mit dem Migrationsverständnis drängen sich da auf. Natürlich wird das niemand zugeben. Aber die Praxis zeigt uns immer wieder, dass das so ist. Anders wäre es uns viel lieber.

Behindertenrechtskonvention

Sehr geehrte Damen und Herren !

Das Jahr 2009 war für die Menschen mit Behinderungen von ganz besonderer Bedeutung.

Das „**Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**“ sowie das Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 wurden endlich auch im Deutschen Bundestag und im Bundesrat bestätigt. Mit der Ratifizierung am 26. März 2009 ist das Dokument rechtsverbindlich im Bund und in den Ländern. So auch in M/V.

Es geht nicht um den Blick auf die Länder in der sogenannten Dritten Welt, bei denen der Bereich der Menschenrechte zum Teil mit Füßen getreten wird, sondern um den Blick nach innen, auf unsere Wohlstandsgesellschaft und die Frage, wo vernachlässigen wir, wenn auch unbewusst, die Rechte der Menschen mit Behinderungen.

Mit dem Beitritt zur *Erklärung von Barcelona* wurde ein großer Schritt getan zur Übernahme von Verantwortung in unserer Stadt.

Ein Beschluß der StVV, der permanent Lösungen in diesem Sinne – **BARRIEREFREIHEIT** einfordert. Damit das auch in der Praxis funktioniert, auch dazu ist der BBR da. Und wir nehmen unsere Aufgabe sehr ernst.

Da gibt es in unserer StVV einen Stadtvertreter, der in der Sitzung der StVV am 26.04.2010 das Vorhandensein des BBR in Frage stellte. "Warum müsse es denn einen BBR geben? Es gäbe doch die Parteien und ihre Fraktionen und dort könne man doch seine Fragen stellen oder mitarbeiten." Auch der Fraktionsgeschäftsführer der CDU hegt ähnliche Gedanken.

Liebe Volksvertreter, wenn Sie wüssten, was wir in den letzten 20 Jahren so alles auf die Beine gestellt haben, wo wir gerungen und manchmal auch etwas gelitten haben, dann würden Sie uns erstens besser kennen und zweitens nicht in Frage stellen.

Wir formulierten einmal eine Losung, die immer noch für uns Gültigkeit hat: „FÜR- und MIT- EINANDER in unserer Stadt“.

Zurück zur Behindertenrechtskonvention:

Integrieren kann man nur, was „außen vor“ ist.

Die Abgrenzung von den vermeintlich andersartigen Betroffenen ergab sich aus der Fokussierung der vorliegenden Behinderungen. Dem entsprach – und entspricht – die gängige Betreuung in Sondersystemen (Sonderschulen, Heime, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen). In der Behindertenrechtskonvention drückt sich ein diesbezügliches Umdenken in den letzten Jahren aus.

Inklusion ! Das bedeutet Einschluß. Die veränderte Strategie verfolgt das Ziel, gar nicht erst ins Abseits abdriften zu lassen, was doch dazu gehört.

Es gibt ja schon lange eine *Menschenrechtskonvention*. Und genau wie die richtet sich die *Behindertenrechtskonvention* in erster Linie an den Staat als Garanten des Rechtes.

Soziale Inklusion ist die allgemeine Zielstellung der Konvention, die schließlich zur Humanisierung der ganzen Gesellschaft beitragen kann und letztlich den ausgrenzenden und diskriminierenden Umgang mit behinderten Menschen beendet.

Es gibt eine alte Feststellung in der Behindertenbewegung: **Man ist nicht behindert, man wird behindert.**

Es wird oft so getan, als wäre Vieles schon selbstverständlich. Und doch ist es nicht so.

Einige Grundsätze:

- Die Achtung der menschlichen Würde,
- die Selbstbestimmung,
- die Nichtdiskriminierung,
- die volle Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft,
- die Chancengleichheit,
- die Barrierefreiheit.

Bezüglich der **Barrierefreiheit** wird auch von **Zugänglichkeit** gesprochen.

D.h., dass behinderte Menschen den gleichberechtigten Zugang

- zur physischen Umwelt,
- zu Transportmitteln,
- zu Information und Kommunikation und
- zu Informations- und Kommunikationstechnologien und –systemen

haben.

Umsetzung der Behindertenrechtskonvention

Viele Fragen sind für uns in der Stadt zu beantworten. Das wird uns nicht immer leicht fallen. Und damit meinen wir nicht nur die Vereine, Verbände, Einrichtungen und die Vertretung der Menschen mit einer Behinderung.--- Gesetz und seine Umsetzung.

Der Behindertenbeirat wird mit seinem Können und dem Wissen seiner Mitglieder dabei sein. Die Bundesregierung hat einen Plan zu erarbeiten und den Vereinten Nationen regelmäßig zu berichten.

Die Landesregierung hat derzeit einen ersten Entwurf eines Aktionsplanes erarbeitet.

Was macht die Stadt ?

Was hat sie zu tun ?

Der BBR hat sich in diesem Jahr zweimal in seinen Sitzungen mit der BRK beschäftigt.

Einmal zur allgemeinen Information auf gesetzlicher Basis und den Erfordernissen in unserer Stadt und am 31. August diesen Jahres haben wir eingeladen zum Thema: „Präventives und integratives Konzept zur weiteren Gestaltung der sonderpädagogischen Förderung“ -----

Unser Thema. - Bildung (behinderter und nichtbehinderter Kinder)

Sonder- bzw. Förderschulen in unserer Stadt. Werden sie Bestand haben können?

Aufnahme behinderter Kinder in Regelschulen (bauliche Voraussetzungen, Personalabdeckung, Finanzierung insgesamt und, und, und.)

Bereiche, die viele Fragen aufwerfen. Diese Fragen werden wir beantworten müssen.

Nicht sofort, auf die lange Bank lassen sie sich aber auch nicht schieben.

Wir hatten zu dieser Sitzung nicht nur den Fachreferenten des Bildungsministeriums eingeladen, sondern auch die Schulleiter der Sonderschulen und der Grund-, Regelschulen und Gymnasien. Bezeichnenderweise waren nur die Sonderschulen unserer Einladung gefolgt.

Was sagt uns das ? Viele wissen noch nicht, was auf sie drauf zukommt.

Wir werden in den kommenden Jahren sehr große Veränderungen erleben in unserer Stadt.

Gerade, weil Schwerin überproportional viele Sonderschulen in M/V aufweist.

Es wird die Entwicklung in der Bildung behinderter Kinder keinen Bogen um Schwerin machen und wir sollten uns –wo es geht- rechtzeitig darauf einstellen und vorbereiten.

Es wird das „Mecklenburgische Förderzentrum für Körperbehinderte“ nicht in den kommenden zwei Jahren aufgelöst werden müssen. Ebenso wohl auch nicht das „Sprachheilverfahrenszentrum.“ Aber es werden die gesetzlichen Grundlagen mit den Schwerpunkten zum **Gemeinsamen Unterricht** und zur **Individuellen Förderplanung** angepasst werden müssen. (u.a. Schulgesetz M/V, Förderverordnung Sonderpädagogik, Verwaltungsvorschrift „Die Arbeit in der Grundschule“)

Die Schulentwicklung wird von der **Separation**, wie sie derzeit erfolgt, über die **Kooperation** zur **Integration** vor sich gehen.

Ganz anders wird es nach unserer Meinung bei den „Schulen zur individuellen Lebensbewältigung“ aussehen müssen.

Es wird von maßgebender Stelle unterstrichen, dass es sich um einen **Langzeitprozeß** unter Berücksichtigung der landesspezifischen regionalen Gegebenheiten sowie der notwendigen personellen, finanziellen und sächlichen Bedingungen handelt.

Das zwingt uns in unserer Stadt aber nicht weniger zum Handeln.

Wenn wir uns in unserem diesjährigen Bericht besonders mit der Beschulung behinderter Kinder beschäftigen, dann hat das natürlich seinen besonderen Grund. Wir alle wissen, welche außerordentlich wichtige Rolle das Thema Bildung spielt und das nicht nur in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit zwischen Regierungskoalition und Opposition.

Arbeit an der Basis

Unsere besondere Aufmerksamkeit auch im vergangenen Jahr galt der Arbeit unmittelbar für unsere betroffenen Menschen in der Stadt.

Der Behindertenbeirat ist die politische Vertretung der Menschen mit einer Behinderung,

die Betreuung insgesamt erfolgt zum größten Teil in den Verbänden, Vereinen und Einrichtungen. So ist es gewollt. Dabei wollen wir in unserer Betrachtung nicht die außerordentlich großen Bemühungen der Angehörigen vernachlässigen. Ohne diese beiden maßgebenden Faktoren wäre unser soziales Gefüge für die behinderten Menschen zum Scheitern verurteilt. Dabei verkennen wir nicht das fleißige Wirken der staatlichen Verwaltungsorgane.

Der BBR verweist in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich auf die Notwendigkeit und auf das Erfordernis der Arbeit sowohl der **ehrenamtlich** Tätigen und der **hauptamtlich** Beschäftigten in den verschiedensten Einrichtungen.

Wenn der BBR der Landeshauptstadt Schwerin durch seine Arbeit, seine Ergebnisse, sein Ansehen und seine Wirkung über die Stadtgrenzen hinaus etwas Besonderes darstellt, dann ausschließlich durch das seit Beginn seiner Tätigkeit stetig gewachsene **Miteinander**.

Darauf sind wir sehr stolz. --- Und bitte: **Das sollte man uns nicht nehmen !**

Wir danken hier vor Ihnen, liebe Stadtvertreter, ausdrücklich allen fleißigen und hilfsbereiten Bürgern, die unseren Menschen mit einer Behinderung Beistand und Unterstützung gewährten. Behinderte Menschen brauchen kein Mitleid, man sollte ihnen aber den notwendigen **Respekt** entgegenbringen. – Rücksicht, Achtung, Ehrerbietung.

Themen der Arbeit

Sehr geehrte Stadtvertreter !

Es ist eine hohe Wertschätzung des BBR und seiner Arbeit, dass sie die Satzung unserer Stadt dahingehend ergänzten, dass sie ihn darin verankerten. Wir bemühen uns nach Kräften, dem durch unsere Mitarbeit Rechnung zu tragen.

U.a. als beratende Bürger sowohl im Sozialausschuß als auch im Bauausschuß. Darüber hinaus im kommunalen Präventionsrat und in anderen Gremien, die unsere Stadt präsentieren. Wir schätzen unsere Mitarbeit im Sozialausschuß als wertvoll und auch notwendig ein.

Die Erfahrung lehrt uns, dass es ziemlich schnell passieren kann, dass etwas über uns ohne uns festgelegt wird.

Im Strategiepapier des BBR ist ein Leitbild formuliert, das nicht nur bei uns einen allgemeingültigen Charakter besitzt: ----„**Nichts über uns ohne uns**“. -----

Selbstbestimmung !

Bewährt hat sich auch die Überprüfung von Bauanträgen und Projekten auf ihre Barrierefreiheit. – Eine oft sehr umfangreiche Arbeit. Die Bauausführung zu kontrollieren ist uns leider nicht möglich. Wäre aber des öfteren erforderlich.

Muß es wirklich einen BBR geben ? Oder einen Behindertenbeauftragten, oder beides?

Wer soll und wird die anfallenden Aufgaben erledigen? Fragen Sie einmal in der Bauverwaltung oder auch im Sozialamt nach. (Das gilt nur für die „Infragesteller“ des BBR).

.Die Auswertung der **Bundesgartenschau** spielte auch bei uns eine große Rolle. Nicht nur, dass es die erste barrierefreie Gartenschau überhaupt war, nein, wir haben für unsere Arbeit auch sehr viel mitnehmen können. Weit über Schwerin strahlt unser Bemühen hinaus. In Koblenz wäre man bestimmt froh, so abschließen zu können wie wir. Um aber solch ein Ergebnis erzielen zu können, muß man fleißig sein, ein gutes gemeinsames Miteinander und ohne Fachkenntnisse geht es auch nicht. – Die Frage nach der Notwendigkeit des BBR erübrigt sich.

Am 28.Oktober diesen Jahres fand der erste **Tag der Menschen mit Behinderungen in M/V** statt. Einberufen von der Landtagspräsidentin.

Der BBR hat ein Jahr lang im Org.Komitee mitgeholfen, dass dieser Tag zu einem vollen

Erfolg werden konnte. – Die Schweriner Delegierten waren allesamt sehr fleißig. Drei Leitanträge wurden beschlossen, die auch für Schwerin von Bedeutung sein werden.

- Behindertenrechtskonvention, Barrierefreiheit und Trägerübergreifendes persönliches Budget. -

Im Januar gedachten wir im Rahmen einer **Gedenkveranstaltung** am Denkmal auf dem Gelände der Helios-Klinik der von den Nazisergen gequälten und ermordeten behinderten Menschen. Nie wieder darf es so etwas geben, dass Menschen nicht als solche betrachtet und behandelt werden. Kann es „unwertes“ Leben geben? Laßt uns tun, dass das nie wieder geschehen kann.

Wir machten schon in den vergangenen Jahren darauf aufmerksam, dass in unserer Gesellschaft die Zahl der **psychisch kranken Menschen** rapide zugenommen hat. Auch Schwerin bildet da keine Ausnahme. Ärzte und Ehrenamt, bes. „Anker Sozialarbeit,“ helfen. Wo immer es erforderlich ist, müssen die entsprechende Hilfe und Unterstützung gewährt werden. Wir alle tragen Verantwortung.---„*Das ist ja sooo weit weg von uns*“. Nein, nein, so ist das nicht. Und so weit schon gar nicht.

Im Kompetenzzentrum im „Haus der Begegnung“ wurde kürzlich ein neues Projekt begonnen.:

„Barrierefreier Tourismus für ALLE in Schwerin“.

Schwerin, Kultur- und Tourismusstadt, das Projekt passt. Aber was ist mit der Barrierefreiheit? - Sie wird überwiegend als Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer verstanden. Aber nicht einmal für diese Gruppe gibt es ausreichend touristische Angebote. Und wenn man dann noch weiß, dass nur 2% aller barrierefrei zugänglichen touristischen Angebote für Menschen mit einer Hör- oder Sehbehinderung / Gehörlose / Blinde geeignet sind, dann kann man die Misere schon erahnen. –Es besteht dringender Handlungsbedarf. Auch für Schwerin. Die Zielgruppe der **Schwerbehinderten** in Deutschland beträgt beträchtliche rund 7 Mio. Menschen. Wir dürfen gespannt sein auf die Ergebnisse dieses Projektes. Es wird Schwerin, seinen Menschen und seinen Besuchern unmittelbar dienen können.

Ein ganz besonderes Thema, das uns sehr am Herzen liegt, möchten wir noch beleuchten, Ihnen, liebe Stadtvertreter und der Öffentlichkeit nahe bringen.

Die Dreescher Werkstätten bieten an zwei Standorten in Schwerin **34 Plätze** in drei **anerkannten Fördergruppen an**. (Robert-Bunsen-Straße und die Werkstatt in Sacktannen) 12 dieser Plätze sind zum 01.09.2010 auf Grund der Bedarfssituation neu entstanden. Das Sozialministerium hat hierfür Fördermittel in Höhe von 219.000 Euro bereitgestellt. Von der „*Aktion Mensch*“ kamen weitere 65.000 Euro.

Das Angebot besteht für Menschen, die auf Grund der Schwere ihrer Behinderung NICHT bzw. NOCH NICHT als werkstattfähig gelten.

Die Fördergruppen haben den Auftrag, diesen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen und ihnen einen sogenannten **zweiten Lebensraum** außerhalb ihrer Familien bzw. einer Wohnstätte zu bieten.

Schwerpunkt ist die Förderung von **Wahrnehmung, Bewegungsfähigkeit, Alltagsbewältigung** und **Persönlichkeitsentwicklung** unter dem Gesichtspunkt der Anbahnung von Arbeitsfähigkeit.

Die Angebote der Fördergruppen sollen aktivieren, unterstützen, eigene Entscheidungen ermöglichen, das gemeinsame Agieren beinhalten, einen ganzheitlichen Charakter und eine Verknüpfung von kognitiver, kommunikativer und körperorientierter Arbeit haben. Es gilt, Kompetenzen und Arbeitsfähigkeiten in Kooperation mit anderen Menschen zu entwickeln, um ein erhöhtes Selbstwertgefühl, Selbstbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl sowie eine größtmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erlangen.

Die Fördergruppen wurden von Beginn an eng an den Bedürfnissen und Besonderheiten von **Menschen mit schweren Behinderungsformen** geplant und umgesetzt.

Es gibt in den "Dreescher Werkstätten" ganz moderne Ausstattungen der Räume mit Therapieschienensystem, sehr funktionellen Beleuchtungselementen, einem Werkraum und einem klassischen Entspannungsraum zum Snoozeln mit Wasserbett. Die Anordnung der Räume berücksichtigt das Alltagsgeschehen im Haus und schafft Räume für Aktivität und Begegnung, wie auch die Möglichkeit der Ruhe und Entspannung.

Wie wird das Ganze bezahlt? Eine auch für unsere Stadt nicht unbedeutende Frage.

Finanziert werden die Fördergruppen im täglichen Betrieb – neben den Fördermitteln für den Bau- mit einer landesweit gültigen Pauschale je Tag und Platz.

Damit ist der Betreuungsschlüssel von 1:3 ebenso abgegolten wie alle anderen Kosten, auch die Beförderung zur und von der Gruppe.

Ein leidiges Thema, das uns immer wieder beschäftigt und einfach nicht loslassen will:

Die Finanzierung der "**Freien Wohlfahrt**". Also der Verbände, der Vereine und der Einrichtungen. Wir wiederholen uns möglicherweise, es steht aber doch wohl fest, dass das soziale System auch unserer Stadt ohne Unterstützung nicht lebensfähig und unser schönes Schwerin als kommunale Körperschaft ganz arm dran wäre.

Wir haben uns schon vor Jahren durch Verknüpfungen, Netzwerke, Aufgabenzusammenführungen, Auflösungen und Fusionen für Einsparungen in Größenordnungen entschieden. Wir wollen auch nicht jedes Jahr immer wieder die Finanzmisere unterstreichen.

Wir wollen aber, dass der **Innenminister als Kommunalaufsicht** nicht vor jeder Finanzplanbestätigung Schwerins verlangt, **die freiwilligen Leistungen** zu kürzen bzw. zu streichen. Sind diese Zuwendungen unserer Stadtverwaltung denn wirklich **freiwillig** ?

Oder sind sie nicht doch eine **Pflichtausgabe**?

Wir alle wissen, dass das Geld mehr als knapp ist. Aber komischerweise nur hier ganz unten, wo das "gemeine Volk" lebt. Wann wird wohl endlich begriffen werden, dass doch eigentlich alles **zum Wohle des Volkes** geschehen soll. Im nächsten Jahr hier in M/V und in drei Jahren zur Bundestagswahl, da sind wir dann wieder die Größten. (Aber nur für ganz kurze Zeit).

Ist es nicht insgesamt schlimm genug, dass wir uns unter der Überschrift **Themen der Arbeit** mit solchen Nichtigkeiten beschäftigen müssen? Unsere Aufgabe ist doch die Zuwendung zum Menschen und insbesondere zu den Menschen mit einer Behinderung.

Wir wollen nicht polemisieren und doch muß erlaubt sein, noch einmal auf Deutschland als Wohlstandsland hinzuweisen. – Eine gerechte Verteilung? Wir wären ja schon mit einer **gerechteren** Verteilung zufrieden.

Bitte gestatten Sie, noch etwas Angenehmes zu sagen.

Wir alle sind sehr froh, nicht nur Menschen mit einer Behinderung, dass wir in unserer Stadt einen 100%-ig barrierefreien ÖPNV haben. – Straßenb., Busse, alle Haltestellenbereiche und selbstverständlich auch der Hauptbahnhof.

Danke. Danke, weil es ja keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir werden oft ob dieser Privilegien beneidet. Und das auch gar nicht unbegründet.

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren !

Wir haben fleißig gearbeitet und jeder – das setzen wir einmal voraus- hat sein Bestes geben wollen. Stadtvertretung, Stadtverwaltung, Stadtvertreter, Oberbürgermeisterin.

Und auch wir.

Trotzdem haben wir in letzter Zeit eine sehr zugespitzte und emotionsgeladene Debatte und

Athmosphäre erlebt - Thema Schwimmhallen.

Viele fragen sich, ob das so sein musste. Möglicherweise verliert man dadurch sogar ganz wesentliche Dinge aus dem Blickfeld.

In der Bundespolitik lassen sich ähnliche Szenarien verfolgen. Politikwissenschaftler sprechen davon, dass sich die Koalition atmosphärisch auf dem falschen Gleis bewegt.

-> Dauerstreit und jetzt gar Kanzlerstreit.

Der Gedanke: "Wir sind das Volk" nimmt wieder mehr Raum ein. (s. Stuttgart 21 und Gorleben)

Kann das eine Öffnung von Bevölkerung zur Politik sein? (s. Politik- bzw. Parteienverdrossenheit)

Wir wissen selbst gut genug: Schimpfen allein reicht nicht mehr.

Dadurch wird die Rente nicht erhöht, werden die Kassenbeiträge nicht gesenkt, werden die Therapieleistungen für behinderte Menschen nicht erweitert, bekommt man nicht früher einen Termin beim Facharzt und neuerdings erst im nächsten Jahr beim Zahnarzt.

Die Aufzählung ließe sich fast beliebig fortsetzen. – Muß das alles so sein?

Wo bleibt bloß das viele Geld in dem reichen Deutschland?

In Griechenland oder bei den Bankern?

Afghanistan kostete allein Deutschland bisher 40 Mrd. (und viele tote Soldaten)

Ein Glück, dass dem jetzigen Exportweltmeister China vor kurzem die 65 Mio.

Entwicklungshilfe gestrichen wurden.

Es soll dies ja kein Politikexkurs werden, aber die Frage sei erlaubt, was denn nichts mit Politik zu tun hat.

Wir wollen auch künftig fleißig und gewissenhaft für die Menschen in unserer Stadt wirken und insbesondere für die Menschen mit einer Behinderung da sein.

Es gibt da ein geflügeltes Wort: „**Die Gegenwart sehen, um die Zukunft zu gestalten**“.

Wir werden immer zur Stelle sein, um gemeinsam nach den besten Ergebnissen zu streben.

„FÜR- und MIT- einander in unserer Stadt“

Danke !



Manfred Rehmer

Vorsitzender des Behindertenbeirates